



Das BREXIT-Dilemma

Univ.-Prof. Dr. Michael Enzinger

Das Rückgrat der repräsentativen Demokratie sind gewählte Volksvertreter. Sie leiten ihre Legitimität aus freien und geheimen Wahlen ab. Die Übernahme des Mandats bedeutet Verantwortung, sowohl gegenüber dem Wähler, als auch gegenüber der Institution. Fehlendes Verantwortungsbewusstsein ist Gift in einer repräsentativen Demokratie.

Die sog. „Selbstausschaltung“ des Parlaments im März d.J. 1933 hat auch in Österreich gezeigt, wohin der Weg führt, wenn sich die Repräsentanten ihrer Verantwortung nicht bewusst sind: Durch den sukzessiven, aus taktischen Erwägungen erfolgten Rücktritt der drei Präsidenten des Nationalrates wurde der Weg in den autoritären Ständestaat freigemacht.

Das unwürdige Schauspiel der Abstimmungen im britischen Parlament über die Art und Weise der Scheidung von der Europäischen Union betrifft nicht nur die Bürgerinnen und Bürger in Großbritannien, sondern wegen der Folgen eines geordneten oder ungeordneten Austritts uns alle und nicht nur wegen der ökonomischen Folgen: So darf Demokratie nicht praktiziert werden. Wenn eine Regierung evident nicht mehr vom Vertrauen des Parlaments getragen ist, hat sie die Konsequenzen zu ziehen und sich entweder dem Wahlvolk zu stellen oder die umstrittene Frage dem Volk als oberstem Souverän zur Entscheidung vorzulegen. Taktieren führt zwangsläufig zu einer weiteren und nachhaltigen Beschädigung des Vertrauens der Bevölkerung in die Politik und ist Zeichen eines fehlenden Verantwortungsbewusstseins.

Die Mitverantwortung für den demokratischen Rechtsstaat liegt auch in den Händen einer von staatlichen Institutionen unabhängigen Anwaltschaft. Die Anwaltschaft in Großbritannien hat diese Unabhängigkeit aus eigenem Verschulden verloren und wurde unter die Aufsicht intransparenter Behörden gestellt. Soweit darf es in Kontinentaleuropa nicht kommen. Es lohnt sich daher, für die Autonomie und die Unabhängigkeit der Anwaltschaft einzutreten, meint ein demokratiebewusster Kammerpräsident, der von politischen Entscheidungsträgern Verantwortungsbewusstsein einfordert.